

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Herausgeber: Gesamtredaktion: 25 241.
Für die Nachdrucke: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. November 1923 bei 149. zweimonatlicher Zustellung drei Haus 1,50 Mark.
Polstergebühren für Monat November 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpfeilige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Oberleitungsgebühr 10 Pf., Anzeigen gegen Vorzahlung.

Schriftleitung und Kompositoren:
Marianstraße 33/42.
Druck u. Verlag von Neff & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nacht.“) zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Reuter meldet Rheinland-Erleichterungen.

Französisch-englische Stimmungsmache für die Annahme von Locarno.

Englische Erbitterung über Amerika in der Schuldenfrage. — Beginn der Gulachtenverlesung im Dolchstoß-Prozess.

Abbau der J. M. A. K. ?

(Durch Funkdruck.)

London, 2. Nov. Der Reuter-Berichter in Adin meldet unter dem 1. November:

Die Fortschritte in der deutschen Abrüstung banern in einer Weise an, die die J. M. A. K. befriedigt. Die Unterabteilung der Kommissionen werden wie folgt zurückgezogen: Frankfurt (Frankreich) 13. November, Hamburg und Breslau (Großbritannien) 1. Dezember.

Generalmajor Hancock, der Chef der britischen Abteilung der Kontrollkommission, ist am Sonntag nach Paris gefahren, um dem Völkerbundsrat über die Fortschritte der Materialprüfung bei Krupp zu berichten. Diese wird, wie verlautet, mit genügender Schnelligkeit ausgeführt, so daß zu erwarten sei, daß sie zum vorgeschriebenen Datum, am 20. Dezember, beendet sein werde. (B. T. B.)

Und doch ein ungünstiger Kontrollbericht ?

Paris, 2. Nov. „Echo de Paris“ will erfahren haben, daß Briand sich dazu entschlossen habe, Deutschland noch vor der Ratifizierung des Sicherheitspaktes in der Abrüstungsfrage weitgehende Zugeständnisse zu machen, in der Hoffnung, daß sich in der deutschen Öffentlichkeit dadurch ein Umsturz zugunsten der Abmachungen von Locarno vollziehe. In Wirklichkeit habe aber die Abrüstung Deutschlands keine so günstige Wendung genommen, wie von amtlicher deutscher Seite behauptet werde.

Was deutet darauf hin, daß der Bericht, den Marshall nach für die Völkerbundkonferenz abfasse, ungünstig ausfallen werde.

Alle Antworten, die von deutscher Seite in den letzten vierzehn Tagen der Interalliierten Militärkontrollkommission überreicht worden seien, würden als ungenügend angesehen. Diese Auffassungen hätten nicht nur die französischen Kommissionsmitglieder, sie werden auch von englischen Kreisen geteilt. Man könne mit Sicherheit voraussagen, daß der Bericht des Militärkomitees, von dem die Völkerbundkonferenz ihre Entscheidung abhängig mache, die Nichterfüllung der Abrüstungsanklagen bedeute.

Französische Schuldenverhandlungen mit Amerika.

Paris, 2. Nov. Die Wälder glauben zu wissen, daß Senator Berger mit der Fortführung der Schuldenverhandlungen mit den Vereinigten Staaten beauftragt wird, und demnächst nach Washington abreist. Die Meldungen, die davon wissen wollen, daß Berger zum Nachfolger des Washingtoner

toner Botschafters Daeschner angetreten ist, werden als unwahr bezeichnet. Der amerikanische Botschafter Herrick hatte am Mittwoch mit Briand und am Sonnabend mit Painlevé zwei wichtige Unterredungen in der Schuldenfrage.

Wie der „Matin“ berichtet, soll jetzt ein endgültiges Abkommen getroffen werden. Ein Washingtoner Bericht des „Petit Parisien“ erwidert dem Eindruck, daß man in Washington nicht glaubt, daß die französische Regierung die Verhandlungen sehr bald wieder aufnehmen kann. Man ist der Auffassung, daß infolge des Regierungswechsels einige Monate verstreichen werden, ehe sich eine neue französische Schuldenabordnung nach Washington begibt. (B. T. B.)

Englisch-amerikanische Verstimmung.

Der amerikanische Druck.

London, 2. Nov. Der Washingtoner Korrespondent der „Morning Post“ meldet anlässlich des Eintreffens der italienischen Schuldenkommission: Nachrichten aus sehr guter Quelle belegen, daß Coolidge den amerikanischen Kredit immer härter dazu benutze, um die Schranke gegenüber Frankreich und anderen Schuldnerstaaten Amerikas anzuheben. Er habe die Bankiers veranlaßt, daß er Darlehen nicht nur an die Regierungen, sondern auch an Gemeinden und private Unternehmungen in Ländern, die ihren Verpflichtungen gegenüber Amerika nicht genügen, mitbillige.

In einer Rede Hoovers, in der Amerika Vergeltungsmassnahmen gegen auswärtige Monopolisten androht, schreibt die „Morning Post“, daß sich diese Drohung offenbar auf Großbritannien (Kautschuk), Brasilien (Kaffee) und Chile (Nitrate) bezieht. Amerikas Haltung gegenüber seinen europäischen Schuldnern hat aber viel mehr getan, um internationale Verstimmung zu schaffen, als die Spannungen der Kautschukpreise. Wenn Hoover seine Drohungen wahrmachen und beispielsweise die Baumwollpreise erhöhen wolle, so kann er zweifellos Lancashire einigen Schaden zufügen; aber er wird noch mehr die amerikanischen Baumwoll-Exporteure schädigen, da eine Preiserhöhung den Konsum vermindere und die Verwendung von Ersatzstoffen fördern würde. (B. T. B.)

Die italienische Schuldenkommission in Amerika.

London, 2. Nov. Nach einer Reuter-Meldung aus New York waren für die Ankunft der italienischen Schuldenkommission in New York außerordentliche polizeiliche Sicherheitsmassnahmen getroffen worden. Eine Menge von 2000 Antifaschisten wartete am Anlegesteg. Aber die italienische Delegation landete an einer anderen Stelle und fuhr im Sonderzuge nach Washington. (B. T. B.)

Delbrücks Gutachten im Dolchstoß-Prozess.

Angriffe gegen die Regierung und Oberste Seeresleitung.

München, 2. Nov. Heute vormittag wurde die dritte Verhandlungswache im Dolchstoßprozess mit dem Sachverständigen Gutachten begonnen, und zwar sprach als erster Professor Hans Delbrück, der langjährige Herausgeber der Preussischen Jahrbücher und Mitglied des Untersuchungsausschusses für die Ursachen des Zusammenbruchs. Professor Delbrück sprach in einem sehr überlegenen Tone, nicht etwa, als ob er ein persönliches Gutachten abgibt; er suchte offenbar den Eindruck zu erwecken, als ob er allein die Feststellung der geschichtlichen Wahrheit vornehmen könne. Außerdem schloß er in seinen Ausführungen nicht an scharfen Angriffen gegen die Regierung und die Oberste Seeresleitung während des Krieges. Zunächst stellte der Sachverständige fest, daß er ein leidenschaftlicher Bekämpfer der Kriegsschuldfrage sei, und zwar in dem Sinne, daß er nicht nur die Alliierten Deutschland am Armegeißel sei, das Deutschland am Armegeißel sei, sondern daß er überzeugt sei, daß Deutschland am Armegeißel vollkommen unschuldig sei. Der Inhalt der langen Ausführungen Delbrücks war zunächst der, daß er Reichsregierung und Oberste Seeresleitung, insbesondere General Ludendorff, beschuldigte, nicht auf die nach seiner Ansicht vorhandenen zahlreichen Möglichkeiten, zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen, eingegangen zu sein, und dadurch den Krieg verlängert zu haben.

Hier Malickkeiten führt Delbrück an, die zu einem Verständigungsfrieden führen können:

1. Ende Juli 1917 hat Hausmann im englischen Unterhaus die Frage gestellt: Wie denkt Deutschland über Belaien? Hierauf keine Antwort erfolgt.
2. Etwa um dieselbe Zeit erfolgte der Schritt des Papstes, für dessen Schellern Delbrück wiederum Deutschland verantwortlich machte. Delbrück wies auch hier wieder das Fehlen einer klaren Verantwortlichkeit auf Belaien als Grund dafür an, daß die Verhandlungen nicht fortgeschritten.
3. Am Januar 1918 erfolgte die Bekanntgabe der 14 Punkte Wilsons, auf die sich bald darauf auch Lloyd George besaß. In langen Ausführungen leide Delbrück dar, daß er an die christlichen Absichten von Wilson unbedingt glaube. Er bezeichnete sie außerdem als glänzende Verhandlungsgarantien, weil nach seiner Ansicht das Verlangen nach einer Abdankung der Hohenzollern nicht darin enthalten

sei, sondern lediglich eine Ueberleitung vom konstitutionellen zum parlamentarischen System veranlaßt worden sei. Auch der Punkt, der über Elsaß-Lothringen handelt, erwidert Herr Delbrück durchaus günstig für Deutschland. Mit dem Unrecht, das angeblich Frankreich 1871 widerfahren sei, sei lediglich die Stadt Metz und ihre Umgebung gemeint gewesen.

Als letzten Versuch auf Seite der Entente, zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen, bezeichnet Hans Delbrück die Rede des Generals Smuts vom 17. Mai 1918 im südafrikanischen Parlament, worin sehr viel vom Verständigungsfrieden die Rede war.

Somit kommt Delbrück zu dem Schluss, daß auf deutscher Seite zahlreiche Friedensmöglichkeiten verkannt worden seien. Dieses Gefühl habe 1918 hauptsächlich zur Vermürdung der Front beigetragen. Daß die deutsche Regierung nicht öffentlich voll und ganz auf Belgien von vornherein verzichtete, bezeichnet Delbrück als eine ungeheure Verblendung. General Ludendorff macht er für den Niederbruch unmittebar verantwortlich. Delbrücks Vertrauen auf Wilson ist unerschütterlich, trotz aller Erfahrungen, die das deutsche Volk seitdem gemacht hat.

Der zweite Teil des Gutachtens von Prof. Delbrück dient einem Rechtfertigungsversuch des Prinzen Max von Baden, dessen Verhalten bekanntlich in den Süddeutschen Monatsheften kritisiert worden war. Der Sachverständige erklärte, Prinz Max von Baden habe sich ein höchstes Verdienst um die Hohenzollern-Dynastie erworben. (1) Andere Völker haben in solchen Umwälzungen ihre ehemalige Dynastie des Landes verbannt. Die Hohenzollernischen Prinzen dagegen wollen heute ungeführt im Lande und sind vom Staat günstig abgefunden worden. Daß Prinz Max frühzeitig die Abdankung verlangt habe, habe von politischem Weitblick getrieben, weil dadurch die Wur des Volkes beschützt worden sei. Zum Schluss erklärte Prof. Delbrück, daß er Prof. Coehmann für den Inhalt der Feste verantwortlich halte, wenn auch nicht für jede einzelne Wendung, und daß er darin eine Geschichtsfälschung sehe. Daß eine Rührarbeit in der Heimat und an der Front stattgefunden habe, und daß ist das Interessante an den Ausführungen dieses Sachverständigen, beschränkt auch Delbrück nicht; im Gegenteil, er gibt es ausdrücklich an, jedoch sei die Agitation ein unbedeutendes Moment für den Zusammenbruch gewesen. Die E. P. D.-Vermürdung an der Front sei nur auf dem Boden der Not möglich gewesen. (1) Somit Prof. Delbrück angibt, daß diese Agitation erst die schlummernde Unzufriedenheit entzündet habe.

Die Pensionslast der Reichsbahn und die Tarife.

Der Verkehrsausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat sich in seiner Herbsttagung mit der Frage der Pensionslast der Deutschen Reichsbahn und ihre Rückwirkung auf die Tarifgestaltung eingehend beschäftigt und es dabei in einer Entschließung bekräftigt, daß nunmehr regelmäßig der Deutschen Reichsbahn über die Entwicklung der Reichsbahn mit zahlenmäßigen Unterlagen gegeben werden.

Weiterhin hat der Verkehrsausschuß zu der Frage der dringend nötigen Ermäßigung der Gütertarife Stellung genommen. Er sieht in der im verflochtenen Frühjahr bei der Reichsbahn erfolgten Lohnerböschung, die eine zehnprozentige Steigerung der Personentarife zur Folge hatte, und in der im Vormonat gewährten Aufbesserung, die rund 25 Mill. Reichsmark erforderte, und zu der eine Erhöhung der sozialen Lasten in Höhe von 35 Mill. Reichsmark trat, eine Entwicklung, die den so nötigen Tarifaussgleich und Tarifabbau unmöglich macht und zudem unerwünschte Rückwirkungen auf die Volkswirtschaften der Privatbetriebe ausübt. Das größte Hindernis für die wirtschaftlich bringend nötige Ermäßigung der Tarife ist die erst im Laufe d. J. in weiteren Kreisen bekanntgewordene Belastung der Reichsbahn mit einem Pensionsetat in einer solchen Höhe, daß auf 100 Reichsmark Besoldung 37 Reichsmark Ruhegehälter kommen. Dadurch entstehen 400 Millionen Reichsmark Ausgaben oder rund 300 Millionen Reichsmark mehr als 1918.

Der Verkehrsausschuß hält eine Nachprüfung des Pensionsberechtigung der seit Kriegsende „abgehauenen“ Rentienempfänger mit dem Ziel der Zurückführung einer möglichst großen Anzahl in das freie Wirtschaftsleben für erforderlich. Weiterhin regt der Verkehrsausschuß an, daß die Reichsbahnverwaltung mit der Reichsregierung in Verhandlungen darüber eintritt, inwieweit eine Entlastung des Pensionsetats, soweit es sich um nach dem Kriege aus Gründen der Demobilisierung eingestellte und wieder abgehauene Pensionen handelt, dadurch eintreten kann, daß die Reichsbahn Gesellschaft aus dem Reichsstatet Zuschüsse erhält. Alle hierdurch bewirkten Einsparungen sollen ausschließlich zu Tarifermäßigungen nach den Bedürfnissen der Wirtschaft verwendet werden.

Der drohende Konkurs der Aga.

Berlin, 2. Nov. Es wird mit ziemlicher Bestimmtheit damit gerechnet, daß es zum Konkurs der Aktiengesellschaft in der Automobilindustrie (Aga) kommen wird. Die letzte Entscheidung wird in der Gläubigerversammlung fallen. Aus dem Konkurs der Aga dürfte sich ein großer Prozess entwickeln. Dr. Stinnes steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß nur die Kreditziele der Bank und die Sicherstellung des Erblassungsvertrages die Aga in die heutige schwierige Lage gebracht haben. Als Dr. Stinnes aus dem Konkurs ausgeschlossen wurde, wurden ihm insgesamt 11 Millionen Mark Abfindung bewilligt. Diese bestand aus dem Aga-Aktienpaket, aus Norda Aktien und einigen kleineren Werten. Außerdem sollte er von der Hugo Stinnes G. m. b. H. 6 Millionen Mark bar erhalten. Ferner haben die in Frage kommenden Banken einen Kredit von 2 Millionen Mark der Aga zugesagt, der zu sehr günstigen Bedingungen gegeben werden sollte, und weiter wollte die Hugo Stinnes G. m. b. H. der Aga einen Diskontokredit von 1,5 Millionen Mark gewähren. Alle diese Zahlungen sind nicht mehr geleistet worden. Es gelang Dr. Stinnes lediglich einen Vorstoß für die versprochenen 6 Millionen Mark durch Baron von der Seydt, der auch die Norda Aktien von Hugo Stinnes übernommen hat, bewilligt zu erhalten. Dieses Abkommen trat aber, da bald darauf die Auseinandersetzungen mit dem Stinneskonzern begannen, nicht mehr in Kraft, ebenso kamen die übrigen Gelder nicht ein, denn die Kreditperre der Banken setzte ein.

Jubiläum der „Königsberger Allg. Zeitung“.

Königsberg, 1. November. Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ begann heute die Feier ihres 50jährigen Bestehens. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Kommerzienrat Neumann, machte Mitteilung von der Stiftung einer von Prof. Cauer geschaffenen Büste Dr. Synesens, des Mitbegründers der Zeitung. Er machte weiter Mitteilung von einer größeren Anzahl von gemeinnützigen Stiftungen, darunter einer Büste von Louis Corinth für die Städtische Gemäldegalerie und Ueberweisung namhafter Beträge an verschiedene mildtätige Stiftungen.

Dr. Schener in Kiel.

Kiel, 2. Nov. Am Sonntag wurde die Kieler Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft mit einem Vortrage Dr. Scheners eröffnet. Dr. Schener hob die Bedeutung des Luftschiffes im Uebersee- und Weltverkehr hervor und betonte besonders die nach seiner Erfahrung möglichen moralischen und politischen Eroberungen Deutschlands im Auslande, vor allem in Amerika. Das deutsche Volk hat die Pflicht, den Zeppelinsbau zu erhalten und zu fördern. Am dem Erfolge der Zeppelinsende werde man sehen, ob das deutsche Volk den Willen hat, an seinem geistigen und wirtschaftlichen Wiederaufbau zu arbeiten.